

Die Novemberrevolution in der Geschichtswissenschaft der DDR: Die Kontroversen des Jahres 1958 und ihre Folgen im internationalen Kontext¹

Mario Keßler

Die deutsche Novemberrevolution von 1918 galt als eine ungeliebte Revolution. Keine der Parteien der Weimarer Republik vermochte sich mit ihren Ergebnissen zu identifizieren. Die Nazis und die konservativ-nationalistische Rechte lehnten die Revolution in Bausch und Bogen ab, doch auch die republiktreuen Parteien, vor allem die SPD, taten sich mit ihrem Erbe schwer. Bereits im Jahre 1921 hatte Eduard Bernstein in einem frühen Rückblick auf die Revolution „jedes unüberlegte Eingreifen in die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Unternehmungs- und Verkehrsverhältnisse“, das zum Kern der sozialen Forderungen geworden war, entschieden zurückgewiesen,² und acht Jahre später hatte der damalige Reichskanzler Hermann Müller in einem Erinnerungsbuch zur Novemberrevolution alle Forderungen einer Nationalisierung der Schlüsselindustrien als in der Tendenz „Experimente nach russischem Muster“ be- und verurteilt.³

Die KPD hatte hingegen 1929 in ihrer „Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution“ festgestellt: „Alle Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution waren im November 1918 gegeben, bis auf eine – bis auf die in den Massen verwurzelte revolutionäre Partei und die eigene revolutionäre Erfahrung der Massen.“ Die Arbeiterräte seien zumeist „nach den Absichten der reformistischen Führer zusammengeflochten“ worden. Anfänglich politische Machtoorgane der Revolution, wären sie unter dem Einfluss der Reformisten zu bloß formellen Kontrollorganen der noch nicht zerstörten alten Staatsmacht degradiert worden.⁴ Den gegensätzlichen Auffassungen von SPD- und KPD-Autoren war somit die Fixierung auf das sowjetische Experiment, als abschreckendes Beispiel oder als Vorbild, jedenfalls als Maßstab für die sich im November 1918 spontan in Deutschland bildenden Räte gemeinsam. Ihren Widerhall fand diese Konstellation noch in der Auseinandersetzung um den Charakter der Novemberrevolution, die DDR-Historiker im Jahre 1958 führten. Diese Auseinandersetzung benannte die neuere Forschung zu Recht als eines der Beispiele für die Durchsetzung der parteiamtlichen Auffassung innerhalb einer laufenden wissenschaftlichen Debatte. Ebenso wurde festgehalten, dass die Geschichtswissenschaft in der DDR Teil

1 Eine erweiterte Fassung dieses Essays erschien als Broschüre: Die Novemberrevolution und ihre Räte. Die DDR-Debatten des Jahres 1958 und die internationale Forschung. (Hefte zur DDR-Forschung 112), Berlin 2008.

2 Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution. Geschichte und Entstehung der ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik [1921], Berlin 1998, S.242.

3 Hermann Müller: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1929, S.281.

4 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S.512f.

einer gebundenen Wissenschaftskultur war. Doch setzte sich immer mehr die Auffassung durch, dass eine solche Wissenschaft nicht nur mit Zwang und durch Vorgaben „funktionierte“, vielmehr entwickelte sie selbst Leitbilder und stellte diese in den Dienst der von der Parteiführung und ihrem Apparat gewünschten und betriebenen Geschichtspolitik, was ein durchaus diskontinuierlicher Prozess war. Dies ist am Beispiel der Debatten über die Novemberrevolution, in die Walter Ulbricht 1958 autoritativ eingriff, gezeigt worden.⁵

Kaum Aufmerksamkeit wurde dabei erstaunlicherweise der Frage geschenkt, wieweit diese DDR-internen Debatten in die internationale, nicht nur in die bundesdeutsche Diskussion zur Novemberrevolution einzuordnen sind. Dies ist nicht nur für die Gegenwart ein Desiderat der Forschung. Die über Jahrzehnte hinweg in den USA und England publizierte Literatur zur Novemberrevolution wurde in der DDR wenig gelesen. Der sowjetische Diskussionsstand fand ebenfalls nur selten Eingang in die Arbeiten west- und selbst ostdeutscher Forscher. Darum geht es deshalb im Folgenden. Als Ausgangspunkt wird die in der Bundesrepublik wie in England und den USA nach 1956 entstehende Sichtweise auf die Arbeiter- und Soldatenräte genommen. Anschließend sollen die DDR-Debatten und der Forschungsstand im Zusammenhang mit der entsprechenden sowjetischen Diskussion rekapituliert werden. Zuletzt wird ein Ausblick auf Ähnlichkeiten und Unterschiede in Arbeiten aus der DDR, der Bundesrepublik und angelsächsischer Forscher gewagt.

Ein neuer Akzent: Die Räte als Gegenstand der Forschung

Im englischen Exil hatte Arthur Rosenberg 1935 geschrieben, „daß der Ruf nach dem Sozialismus nicht eine Ursache, sondern eine Folge der Novemberrevolution gewesen ist [...] Was man im einzelnen unter Sozialisierung verstehen wollte, darüber bestanden freilich die größten Meinungsverschiedenheiten. Aber darüber war man sich klar, daß jede Form einer Plan- oder Gemeinwirtschaft nur dann Erfolge erzielen konnte, wenn sie die produzierenden Massen zur lebendigen Mitwirkung mobilisierte. Die gegebenen Organe, um im Betrieb den plan- und gemeinwirtschaftlichen Gedanken zu vertreten, waren aber die Räte.“⁶

5 Siehe Ernst Laboor: Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 1995, H. 3, S.69-82; Joachim Petzold: „Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln-Weimar-Wien 2000, S.287-314; ders.: Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Potsdam 2000, S.115-161; Jürgen John: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S.43-84.

6 Arthur Rosenberg: Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935, zit. nach der Neuausgabe: Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S.19. Eine frühe, Rosenberg z. T. vorwegnehmende Beurteilung der Räte bot Heinrich Ströbel: Die Bilanz der

Die Funktionäre der Mehrheitssozialisten begriffen, laut Rosenberg, 1918 wie später nicht, dass Räte und Bolschewismus in keiner Weise identisch waren. Sie fühlten sich von den Aktivitäten der Räte herausgefordert, sogar bedroht und wünschten eine Art Verbindung zwischen den Räten und der Nationalversammlung. Sie wären mit schrittweisen Sozialisierungsmaßnahmen zufrieden gewesen, an deren Beginn die Nationalisierung der Bergwerke gestanden hätte. Rosenberg verwies dabei auf Kurt Eisner, den Ministerpräsidenten der kurzlebigen Republik Bayern. „Er hätte am liebsten ein Parlament alten Stils überhaupt nicht mehr gesehen, aber auf der anderen Seite wollte er keine übereilte Sozialisierung und lehnte jede Diktaturmethode bolschewistischer Art aufs Schärfste ab.“⁷

Noch bevor Rosenbergs „Geschichte der deutschen Republik“ 1955 in der Bundesrepublik erstmals erschien,⁸ hatten der SPD nahestehende Historiker wie Walter Tormin und Erich Matthias die Arbeiter- und Soldatenräte analysiert, sich vor allem auf deren utopische Strömungen konzentriert und diese als wenig realitätsnah beurteilt.⁹ Der zu dieser Zeit einflussreiche Karl Dietrich Erdmann formulierte im „Handbuch der deutschen Geschichte“ apodiktisch die Alternative: „Rätestaat oder parlamentarische Demokratie?“¹⁰ Damit entwickelte Erdmann nicht nur eine Gegenposition zu Rosenberg, sondern auch zu William Halperins amerikanischem Standardwerk jener Zeit, „Germany Tried Democracy“, das den Räten eine wichtige Funktion im Demokratisierungsprozess zumaß.¹¹ Doch blieb dies zunächst eine auf Fachkreise beschränkte Debatte, obgleich Erdmann damit dem Zeitgeist der frühen Bundesrepublik und dessen Losung „Keine Experimente!“ entsprach. Sozialdemokratische Autoren wie Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal warnten davor, das Interesse an den Räten als Forschungsgegenstand mit ihrer Idealisierung zu verwechseln.¹²

Revolution, Berlin 1919, erweiterte Fassung: Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1920.

7 Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S.22.

8 Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, mit einem Vorwort von Kurt Kersten, Frankfurt/Main 1955.

9 Siehe Walter Tormin: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954; Erich Matthias: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914-1945. Eine Übersicht, Tübingen 1954. Auf einer viel breiteren Dokumentation beruht Erich Matthias: Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918-1919, Düsseldorf 1970.

10 Karl Dietrich Erdmann: Die Zeit der Weltkriege. Handbuch der deutschen Geschichte 4, Stuttgart 1959, S.85.

11 Siehe S. William Halperin: Germany Tried Democracy. A Political History of the Reich from 1918 to 1933, New York 1946, 2. Aufl. 1965, S.110.

12 Siehe Richard Löwenthal: The Bolshevization of the Spartacus League, in: David Footman (Hrsg.): International Communism. St. Anthony's Papers No. 9, London 1960, S.23-71; Ernst Fraenkel: Räte-mythos und soziale Selbstbestimmung. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte der deutschen Revolution, in: ders.: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1973, S.69-100.

Der Auf- und Umschwung in der Räte-debatte ging von einem außerwissenschaftlichen Ereignis welthistorischer Tragweite aus: von der mit dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 eingeleiteten Entstalinisierung. Wie inkonsequent auch immer diese war, regte sie doch sowjetische Historiker einer neuen Generation an, sich der Vergangenheit des eigenen Landes zuzuwenden, ohne den größten Stalinschen Geschichtsfälschungen weiter Tribut zollen zu müssen. So erschienen auch Darstellungen über die Fabrikkomitees, die im Verlauf des Jahres 1917 in den russischen industriellen Ballungszentren entstanden waren und in denen die Bolschewiki zwar Prestige, doch keineswegs eine durchgängige Gefolgschaft besaßen, sondern mit den anderen Strömungen der russischen Arbeiterbewegung konkurrieren mussten.¹³ Gerade diese Tatsache hatte das Interesse solcher westlichen Wissenschaftler hervorgerufen, die sozialistischen Alternativen zum Bolschewismus historische Gerechtigkeit widerfahren lassen wollten.

Ein unüberbrückbares Hindernis der fachlichen Verständigung zwischen westlichen und sowjetischen Wissenschaftlern bildete die Kontroverse über alternative Entwicklungswege Sowjetrusslands bis zum März 1921, dem Kronstädter Aufstand. Die Losung der Aufständischen: „Räte-macht statt bolschewistischer Parteidiktatur!“ sahen die einen als Pfad basisdemokratischer Entwicklung, die anderen als Chance der Konterrevolution, die letztlich zur Beseitigung der sozialistischen Ordnung führen sollte. Hingegen zeigte Isaac Deutscher etwas später in seiner Trotzki-Biographie das unlösbare Dilemma zwischen den historisch berechtigten Bestrebungen der Kronstädter Matrosen nach Erhalt der Arbeiterdemokratie und der historisch ebenfalls plausiblen Furcht der Bolschewiki, durch Konzessionen die Macht letztlich zu verspielen, die dann nicht den Räten, sondern der Konterrevolution zufallen würde.¹⁴ Im Zeitalter des Kalten Krieges war eine Position, die ein solches Dilemma historisch differenzierend zu werten versuchte, indes schwer zu vermitteln.

Im US-Exil hatte Ossip Flechtheim mit seiner 1948 erstmals publizierten Darstellung über „Die KPD in der Weimarer Republik“ eine andere konventionelle Interpretation aus der Zeit des Kalten Krieges herausgefordert. Laut Flechtheim gab es zwischen dem demokratischen Flügel der KPD (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Paul Levi), den Revolutionären Obleuten und den nichtmarxistischen Pazifisten der Weimarer Republik objektiv ein größeres Maß an demokratischen Gemeinsamkeiten, als die Forschung oder öffentliche Meinung bislang zugestanden hatten. Zwischen diesem breiten Lager und der anti-demokratischen Rechten – und nicht nur schematisch zwischen den Kräften der

13 Siehe hierfür repräsentativ: D. A. Ceitlin: *Fabrično-zavodskie komitety Petrograda v fevrale-oktjabrje 1917 goda* [Die Fabrikkomitees von Petrograd von Februar bis Oktober 1917], in: *Voprosy istorii*, 1956, H. 11, S.86-97.

14 Siehe Isaac Deutscher: *Der bewaffnete Prophet. Trotzki 1879-1921*, Stuttgart 1963, S.478-487.

Demokratie und des Totalitarismus – beständen die offenkundigen Interessensgegensätze in der ersten deutschen Republik.¹⁵

Flechtheims Sicht stieß zunächst teilweise auf Unverständnis und auch auf Widerstand.¹⁶ Doch wurden die Vorstellungen einer freiheitlicheren Spielart des Kommunismus nach dem Tode Stalins zur wissenschaftlichen Herausforderung auch für amerikanische und britische Forscher, die sich mit der neueren deutschen Geschichte befassten. Dies zeigen Karl Meyers 1957 erschienene Liebknecht-Biografie, noch mehr die zwei Jahre später fertiggestellte Darstellung von Arthur John Ryder zur Novemberrevolution, Eric Waldmans Studie zum Januaraufstand von 1919 und die spätere Arbeit von Alan Mitchell über Bayern.¹⁷ Peter Nettls Biografie Rosa Luxemburgs verdient eine besondere Erwähnung.¹⁸

Dieser kursorische Überblick sollte zeigen, wie ab 1956 in der Revolutionsforschung international „etwas in Bewegung“ geriet. Doch nicht nur im Westen, sondern natürlich auch im sowjetischen Machtbereich wirkten sich die politischen Veränderungen des Jahres 1956 – in ganz eigener, systemspezifischer Weise – auf die Geschichtswissenschaft aus.

Albert Schreiner und die Debatte zur Novemberrevolution in der DDR

Auch die Forschungseinrichtungen der DDR mussten auf die neue Lage in Moskau reagieren. Die Parteiorganisation des Museums für Deutsche Geschichte, der damaligen Leiteinrichtung historischer Forschung, verabschiedete eine entsprechende Resolution. „Der XX. Parteitag hat in unterschiedener Weise Schluß gemacht mit dem Persönlichkeitskult, der sich in der Geschichtsschreibung ausdrückte in der Überbewertung der Rolle einzelner Persönlichkeiten zu Gunsten der schöpferischen Volksmassen.“¹⁹ Diese Beschwichtigungstaktik entsprach der offiziellen Linie, in der DDR habe es keinen Stalinismus gegeben.

15 Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948. Neuauflage zuletzt 1986.

16 Siehe Mario Keßler: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenkler (1909-1998), Köln-Weimar-Wien 2007, S.89-91.

17 Karl W. Meyer: Karl Liebknecht. Man Without a Country, Washington, D.C. 1957; A. J. Ryder: The German Revolution 1918-1919, London 1959; ders.: The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt, London 1967; Eric Waldman: The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement, Milwaukee 1958 (deutsch 1967); Alan W. Mitchell: Revolution in Bavaria 1918-1919. The Eisner Regime and the Soviet Republic, Princeton 1965. Für die DDR-Sicht siehe Hans Beyer: Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin 1957.

18 Peter Nettl: Rosa Luxemburg, 2 Bde., London-Toronto 1966 (deutsch 1967).

19 Bundesarchiv (BArch), Nachlass Albert Schreiner NY 4198/86, Bl. 283: Schlußfolgerungen für die wissenschaftliche Arbeit aus dem XX. Parteitag.

Leiter der Abteilung 1918-1945 im Museum war seit 1952 Albert Schreiner (1892-1979), der bereits eine bewegte politische Laufbahn hinter sich hatte.²⁰ Als Delegierter nahm er an der dem 20. KPdSU-Parteitag folgenden 3. SED-Partei-Konferenz teil. Seinen Mitarbeitern im Museum erklärte er danach, die Sozialdemokratie solle in der Geschichte der Arbeiterbewegung künftig ausführlicher dargestellt werden. „Man muß bei der Darstellung mehr beachten, daß der Hauptgegner der deutsche Imperialismus ist und nicht die Sozialdemokratie.“ Auch die Räte in der Novemberrevolution verdienten eine ausführliche Erforschung. Mit Recht wandte sich Schreiner gegen die stalinistische Charakterisierung der Räte „als Organe der Konterrevolution“.²¹

Im zu Stalins Lebzeiten verbindlichen „Kurzen Lehrgang“ zur Geschichte der KPdSU hatte es apodiktisch geheißen: „Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügte Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schläge der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution.“²² Walter Ulbricht teilte diese Bewertung.²³

Noch 1956 wechselte Schreiner vom Museum für Deutsche Geschichte an das neu gegründete Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften und leitete dort die Abteilung 1918-1945, bis er 1960 in den Ruhestand trat. Die Novemberrevolution fiel somit in seinen Aufgabenbereich.

Die Vorbereitungen zu deren 40. Jahrestag 1958 gingen mit den Diskussionen um eine zumindest partielle Neubewertung der Geschichte des Kommunismus nach dem 20. KPdSU-Parteitag zusammen. In diesem Sinne nahm Schreiners Freund und Kollege Robert Leibbrand gegen die bislang unwidersprochene Behauptung des „Kurzen Lehrgangs“ Stellung: „Die Charakterisierung der Novemberrevolution schlechthin als eine bürgerliche Revolution verleitet zu einer Unterschätzung und Verkleinerung des großen Kampfes des deutschen Proletariats.“ Laut Leibbrand war die Novemberrevolution „nach ihren Grundsätzen und nach den Zielen des Proletariats eine sozialistische Revolution. Sie hat ihr Ziel nicht erreicht, sondern blieb in der Lösung einiger bürgerlich-demokra-

20 Siehe zum Lebenslauf Schreiners Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln-Weimar-Wien 2001, S.164-196; ders.: „Hitler treibt zum Krieg“: Albert Schreiner als Militärwissenschaftler im Exil, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008/II, S.126-142.

21 Internes Arbeitspapier, zit. nach: Carola Seiler: Die Formierung der Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständige Fachdisziplin der DDR-Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, Phil. Diss., Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1986, S.115f.

22 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S.279.

23 Siehe Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1953, S.39.

tischer Aufgaben stecken, kam nicht zur vollen Entfaltung.“²⁴ Auch Roland Bauer schrieb, „es gibt bei Lenin keine Stelle, die ernsthaft so ausgelegt werden könnte, als ob die deutsche Revolution 1918 erst eine Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution hätte durchlaufen müssen.“²⁵ Die Revolution „war folglich ihrem Charakter nach eine über die ersten Anfänge nicht hinaus gekommene, niedergeschlagene proletarische Revolution.“²⁶

Schreiner und sein Assistent Günter Schmidt betonten in einem ausführlichen Beitrag zur Geschichte der Rätebewegung bis zur Novemberrevolution, der Rätegedanke könne im revolutionären wie im reformistischen Sinn interpretiert werden. In den Räten, die im Ersten Weltkrieg unter den Arbeitern, Soldaten, Matrosen und auch auf dem Land spontan entstanden waren, seien beide Tendenzen zu beobachten. Doch gerade die Revolutionären Obleute, an deren Leistungen zu erinnern sei, stünden für eine „Oppositionsbewegung gegen die Politik der Führer der SPD und der Gewerkschaften [...], die den Sozialismus aufgegeben hatten“. Die Revolutionären Obleute und die von ihnen beeinflussten Arbeiter- und Soldatenräte seien als „Vorstufen des Machtkampfes der Arbeiter“ zu sehen.²⁷ Gegen den Sozialdemokraten Friedrich Stampfer betonten Schreiner und Schmidt, gerade die Existenz zahlreicher, von revolutionären Arbeitern beherrschter Räte zeige die klare sozialistische Zielstellung der Novemberrevolution.²⁸ „Der Losung der Parlamentarisierung und Wahlrechtsreform wurde die Parole: Alle Gewalt den Räten! entgegengestellt.“²⁹ Das Bündnis der rechten SPD-Führer mit den Kräften der offenen Konterrevolution sei für die historische Niederlage der revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen verantwortlich zu machen.

Auf der Leipziger Jahrestagung der Kommission von Historikern der UdSSR und der DDR unterstrich Albert Schreiner im November 1957, die Herabstufung des deutschen November gegenüber dem russischen Oktober schon durch die KPD der Weimarer Republik trage dem historischen Charakter eines einheit-

24 Robert Leibbrand: Zur Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution, in: *Einheit*, 1957, H. 1, S.102-108, hier S.107f.

25 Roland Bauer: Über den Charakter der deutschen Novemberrevolution, in: ebenda, S.134-169, hier S.153.

26 Ebenda, S.168.

27 Albert Schreiner/Günter Schmidt: Die Rätebewegung in Deutschland bis zur Novemberrevolution, in: Albert Schreiner (Hrsg.): *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918*, Berlin 1957, S.229-308, hier S.241f.

28 Siehe ebenda, S.279. Stampfer hatte das revolutionär-demokratische Potential der Räte als gering veranschlagt. Siehe Friedrich Stampfer: *Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik*, Offenbach 1947, S.152.

29 Schreiner/Schmidt, *Rätebewegung*, S.296.

lichen revolutionären Prozesses nicht Rechnung.³⁰ „Das wurde auch nicht besser nach dem Erscheinen des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU [...] Die kategorische Feststellung: Die Revolution in Deutschland war eine ‚bürgerliche Revolution und keine sozialistische‘, war der marxistischen Geschichtsschreibung hinderlich, spornte sie nicht an.“³¹

Die beiden sowjetischen Historiker Ja. S. Drabkin und W. I. Bilik hielten jedoch auf einer Tagung im März 1958 in Berlin an der Einschätzung der Novemberrevolution als bürgerlich-demokratisch fest.³² Bilik schrieb, man könne „natürlich nicht sagen [...], daß die Arbeiter eine klare Vorstellung vom Sozialismus hatten“,³³ und Drabkin, später *der* sowjetische Experte zum Thema, urteilte bündig: „Die objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in Deutschland standen zur subjektiven Schwäche des Proletariats im Widerspruch.“³⁴ Wenig später präziserte er, Deutschland habe „keine sozialistische, sondern eine bürgerlich-demokratische Revolution [durchlaufen], die in bedeutendem Maße mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt“ worden sei.³⁵

Mit dieser Formulierung, der sich die sowjetische Geschichtswissenschaft insgesamt anschloss,³⁶ gab Drabkin für Ulbricht das Stichwort. Dieser sah darin zu Recht die in der sowjetischen Geschichtswissenschaft nunmehr allgemein verbindliche Position zur Novemberrevolution. Somit kam er im Juni 1958 zur

30 Zum KPD-Bild der Novemberrevolution siehe Klaus Kinner: *Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917-1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD*, Berlin 1982, S.431-434; Günter Katsch: *Große Sozialistische Oktoberrevolution und Novemberrevolution im Geschichtsbild der Kommunistischen Internationale und der KPD (1919-1933)*, Diss. B, Karl-Marx-Universität, Leipzig 1978.

31 Albert Schreiner: *Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*, 1958, H. 1, S.7-37, hier S.29f. – Nicht eingegangen werden kann hier auf die Maßregelung, die der Hallenser Historiker Günter Mühlpfordt nach der Konferenz erfuhr, auf der sein Beitrag als „unmarxistisch“ zurückgewiesen wurde. Dies wurde indirekt auch Albert Schreiner angelastet, der dadurch eine zusätzliche „Flanke“ gegenüber der Kritik bot. Siehe Petzold, *Parteinahme*, S.142-145.

32 Siehe Diskussion marxistischer Historiker, in: *Neues Deutschland*, 19.4.1958.

33 W. I. Bilik: *Noch einmal über die Eigenart und den Charakter der Revolution von 1918-19 in Deutschland*, in: *Einheit*, 1958, H. 7, S. 1015-1024, hier S.1024.

34 Ja. S. Drabkin: *O karaktere i dvižušičih silach nojabrskoj revoljucii v Germanii [Über den Charakter und die Triebkräfte der Novemberrevolution in Deutschland]*, in: *Voprosy istorii*, 1956, H. 5, S.687-715, hier S.80f.

35 Ders.: *Revoljucija 1918-1919gg. v Germanii. Kratki očerk [Die Revolution 1918-1919 in Deutschland. Kurzer Abriss]*, Moskau 1958, S.413. Siehe weiterhin Drabkins schriftlich eingereichten Diskussionsbeitrag auf der Leipziger Konferenz: *Über den Charakter der Novemberrevolution in Deutschland*, in: Albert Schreiner (Hrsg.): *Die Oktoberrevolution und Deutschland. Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, Berlin 1958, S.190-204. Drabkin nahm an der Tagung nicht teil.

36 Siehe den Sammelband: *Nojabrskaja revoljucija v Germanii. Sbornik stat'ej i materialov [Die Novemberrevolution in Deutschland. Sammelband von Artikeln und Materialien]*, Moskau 1960, darin besonders die Beiträge von F. F. Golovae und V. F. Šelike.

Auffassung, die Debatte über den Charakter der Novemberrevolution solle auch in der DDR beendet werden. Das Politbüro habe sich, laut Ulbricht, selbst mit der Einschätzung des Charakters der Novemberrevolution befasst und die „von einem Teil der Historiker vertretenen falschen Auffassungen vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution zurückgewiesen“. Die Novemberrevolution sei „eine bürgerlich-demokratische Revolution“ gewesen, „die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde“. Als Kriterium dafür sei das Fehlen einer „marxistisch-revolutionären Arbeiterpartei“ anzusehen.³⁷

Die DDR-Historiker hatten sich diesem Standpunkt anzuschließen. Walter Nimtz, Professor an der SED-Parteihochschule, schrieb, dass die Revolution „den bürgerlich-demokratischen Rahmen nicht überschritt“.³⁸ Hanna Wolf, der sehr dogmatischen Direktorin der Parteihochschule, konnte diese relativ moderate Lesart, die Schreiner indirekt Recht gab, nicht genügen. Sie wandte sich in einem Brief direkt an Walter Ulbricht. Darin unterstellte sie Schreiner, er habe jene DDR-Historiker, die seine Meinung nicht teilten, in die Nähe rechter Sozialdemokraten gerückt. Dies habe die sowjetischen Genossen „sehr beleidigt“, behauptete sie.³⁹ Öffentlich warnte Hanna Wolf jene DDR-Historiker, die „die Schädlichkeit des Revisionismus und die verräterische Rolle der rechten Führer der SPD in der Revolution nur ungenügend oder gar nicht in die Auseinandersetzung einbezogen“ hätten.⁴⁰

Nach der notgedrungenen halben „Entstalinisierung“ im Gefolge des 20. Parteitages hielt es die SED-Führung für geboten, jede weitere Kritik an Stalins vermeintlichen theoretischen Leistungen zu unterbinden. Dazu gehörte auch sein Diktum vom bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution. Die Reklamierung des Adjektivs „sozialistisch“ allein für die russische Oktoberrevolution betonte den exklusiven Charakter der östlichen Führungsmacht und ihrer Parteigeschichte. Auch nach Stalins Tod rückte die sowjetische Geschichtswissenschaft nicht von der Doktrin ab, wonach sich seit 1905 das Zentrum der Weltrevolution nach Russland verschoben habe und nur die Bolschewiki, keineswegs aber die Mehrzahl der vom Opportunismus beeinflussten westeuropäischen Arbeiterparteien, dieser entscheidenden Tatsache Rechnung trugen. Wenn so das Kriterium der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei, die in die Novemberrevolution noch nicht entscheidend eingreifen konnte, ins Spiel ge-

37 Walter Ulbricht: Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Novemberrevolution, in: Neues Deutschland, 18.6.1958.

38 Walter Nimtz: Über den Charakter der Novemberrevolution von 1918-19 in Deutschland, in: ZfG, 1958, H. 3, S.687-715, hier S.712.

39 Hanna Wolf an Walter Ulbricht, Brief vom 23. Juli 1958, zit. nach: Laboor, Abbruch, S.73.

40 Aktuelle Lehren der Novemberrevolution, in: Neues Deutschland, 1.8.1958.

bracht wurde, war unmissverständlich: Außerhalb, ohne oder gar gegen die Partei ist eine sozialistische Revolution nicht möglich.

Ulbrichts Definition der bürgerlich-demokratischen Novemberrevolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt worden sei, war eine geschickte Kompromissformel. Ulbricht konnte sozusagen als Schiedsrichter fungieren und sich darüber hinaus als Experte in den Geschichtsdebatten fühlen; eine Reputation, an der ihm viel lag.

Mit der nun offiziell gültigen Bewertung der Novemberrevolution blieb auch Schreiner eine öffentliche Korrektur seiner Ansicht nicht erspart. Zwar ging es Ulbricht nicht darum, Schreiner zu maßregeln, schon deshalb nicht, weil seine Frau Lotte versucht hatte, bei Schreiner zu promovieren. Sie war an der Dissertation gescheitert, was Schreiner nicht publik machte und wofür Ulbricht ihm, ob er wollte oder nicht, dankbar sein musste.⁴¹ Dennoch sah sich Schreiner zu der folgenden Erklärung genötigt: „Inzwischen wurde in der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 40. Jahrestages der Novemberrevolution die Diskussion über ihren Charakter im zentralen Maßstab fortgesetzt. Im Ergebnis der Diskussion wurde die Auffassung vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution als falsch zurückgewiesen.“ Somit sei „die Novemberrevolution ihrem Charakter nach als eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde“, zu bezeichnen.⁴² Die oben zitierte Passage aus der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, in der Schreiner die marxistische Forschung kritisiert hatte, war beim Wiederabdruck des Referats im Protokollband verschwunden.

So sehr Schreiner von Ulbricht in die Defensive gedrängt wurde, in einem Punkt konnte er doch seine Position verteidigen: bei der Würdigung der Arbeiter- und Soldatenräte, die man nicht mit sowjetrussischem Maßstab messen solle. „Sucht man nach der Erklärung“, so Schreiner, „warum sich die proletarische Revolution in Deutschland nicht durchsetzen konnte, dann stößt man auf die Frage der Räte. Wer nun die proletarische Revolution nicht als einen sehr komplizierten, widerspruchsvollen Prozeß sieht, dem auch die Entwicklung ihrer Organe, der Räte, unterliegt, der neigt dann leicht zu irrigen Auffassungen, die darauf hinauslaufen, die Räte in Deutschland an dem Schlußergebnis der Räteentwicklung in der russischen Revolution zu messen und die Räte in Deutschland schließlich als Organe der Konterrevolution abzutun.“⁴³

41 Lotte Ulbricht hatte bei Schreiner zum Kapp-Putsch in Berlin promovieren wollen, sah aber ein, dass sie dies nicht schaffen würde. Die Materialien und die Korrespondenz Lotte Ulbricht-Albert Schreiner befinden sich in: BArch, NY 4198/56, Bl. 21-79.

42 Albert Schreiner: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution, in: ders., Oktoberrevolution und Deutschland, S.17-42, hier S.38.

43 Ebenda, S.34. Walter Ulbricht hatte nur fünf Jahre vorher kategorisch erklärt, dass das Versagen des Reichsrätekongresses in der Machtfrage „direkt die Konterrevolution [...] ermuntert“ habe (Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S.35).

Nunmehr konnten auch Ernst Engelberg und Rudolf Lindau die Räte kritisch würdigen. Die Revolution habe, so Engelberg, „ein eindrucksvolles Mosaikbild der Rätepolitik im lokalen Bereich“ gezeigt, das „von dem verwirrenden Durcheinander der Strebungen und Gegenstrebungen“ zeuge.⁴⁴ Nicht die Räte, sondern die rechten Führer der Sozialdemokratie hätten 1918/19, wie schon 1914, geschichtlich versagt, schrieb Lindau. „Im November hieß die Alternative nicht Sprung zum Sozialismus oder formale bürgerliche Demokratie, sondern die Aufgabe war: machtpolitische Sicherung der revolutionär errungenen Volksfreiheiten, um der Entwicklung zum Sozialismus den Boden zu bereiten.“ Gerade deshalb sei eine revolutionäre Partei nötig gewesen, die einen Radikalisierungsprozess innerhalb der Räte hätte vorantreiben sollen.⁴⁵

„Die Arbeiterklasse“, hieß es auch in den Thesen des SED-Zentralkomitees zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, „bedarf zur Lösung ihrer großen historischen Aufgaben der Führung durch eine revolutionäre Kampfpartei, die mit den wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus ausgerüstet ist. Nur unter der Führung einer solchen Partei neuen Typus, die sich durch enge Verbindung mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen auszeichnet, die fähig ist, das Proletariat von den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie, des Revisionismus und Opportunismus zu befreien, ihm das Wissen um die Gesetze des Klassenkampfes zu vermitteln und das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft herzustellen, kann die Arbeiterklasse ihre Einheit auf revolutionärer Grundlage und ihre führende Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus verwirklichen.“⁴⁶

Dass die Gründung der KPD das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution gewesen sei, blieb bis zum Ende der DDR eherer Grundsatz offizieller SED-Geschichtspolitik. Dies sollte noch 1988/89 zu internen Kontroversen zwischen dem Institut für Marxismus-Leninismus, dem die Deutungshoheit zur Parteigeschichte oblag, und den Autoren des Akademie-Instituts, die eine Geschichte der Weimarer Republik schreiben wollten, führen.⁴⁷

Die offizielle Haltung der SED stand im Widerspruch zu der im Westen seit etwa 1956 immer stärker betonten Rolle der Räte als Agenten einer sozialistischen – aber eben nicht nach leninistischen Kriterien zu bewertenden – Revolution wie auch als Träger bürgerlich-demokratischer Vorstellungen.

Gemäßigter, doch ähnlich im Urteil siehe Otto Grotewohl: Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1953, S.74

44 Ernst Engelberg: Die deutsche Novemberrevolution 1918/19, Leipzig 1959, S.11.

45 Rudolf Lindau: Revolutionäre Kämpfe 1918-1919. Aufsätze und Chronik, Berlin 1960, S.28.

46 Die Novemberrevolution in Deutschland. Thesen des Zentralkomitees zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, in: Einheit, 1958, S.1377-1403, hier S.1399.

47 Siehe Petzold, Parteinahme, S.333-356.

Rätesozialismus versus Parteikommunismus?

Der aufmerksamste westdeutsche Beobachter der DDR-Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Hermann Weber, sah in Walter Ulbrichts Haltung ein Festhalten am „Kurzen Lehrgang“ bezüglich der Novemberrevolution und als Tendenz, „Stalin weiter zu rehabilitieren.“ Nachdem er seine innerparteilichen Rivalen, besonders Karl Schirdewan, ausgeschaltet habe, wolle Ulbricht nun auch als Theoretiker die Maßstäbe setzen. Die Leugnung eines einheitlichen revolutionären Prozesses, für den die russische Revolution die Initialzündung gegeben habe, zeige indirekt auch das Beharren auf Stalins Linie vom „Sozialismus in einem Land“ gegenüber der weltrevolutionären Konzeption Lenins.⁴⁸ Die von Schreiner verteidigte positive Auffassung der Räte erwähnte Weber nicht. Ein Grund für Schreiners Beharren auf dieser Position dürfte darin liegen, dass er erkannt hatte, dass gerade eine weiter vorangetriebene Räteforschung den DDR-Historikern die Chance bieten konnte, trotz aller politisch gesetzten Grenzen die internationalen Debatten mit zu beeinflussen.

Die Novemberrevolution hatte wesentlich in Territorien stattgefunden, die nun zur DDR gehörten. Die in zahlreichen Orten vorhandenen Archivalien und noch lebende Zeitzeugen boten gute Voraussetzungen, einen Abschnitt deutscher Geschichte zu erforschen, dessen harte Klassenauseinandersetzungen ein geeignetes Untersuchungsfeld für DDR-Historiker abgaben. In der Tat erschienen bereits um 1958 eine Reihe von Publikationen zur Novemberrevolution.⁴⁹ Wer immer sich außerhalb der DDR diesem Ereignis forschend zuwandte, kam um die Rezeption solcher Arbeiten nicht herum. In ihnen finden sich auch zahlreiche Hinweise auf örtliche Aktivitäten von Arbeiter- und Soldatenräten.

Doch bereitete, laut Ulrich Kluge, die „Einordnung der spontanen Massenbewegung der Arbeiter- und Soldatenräte [...] der Parteigeschichtsschreibung offensichtlich konzeptionelle und ideologische Probleme“.⁵⁰ Zwar legten in den Endfünfziger- und 60er-Jahren vor allem Schülerinnen und Schüler Albert Schreiners einige wenige Überblicksarbeiten oder Regionalstudien vor.⁵¹ Eine Gesamt-

48 Hermann Weber: Die Novemberrevolution und die SED. Die Diskussionen der SED-Historiker über den Charakter der Novemberrevolution 1918, in: SBZ-Archiv, 1958, Nr. 20, S.323.

49 Siehe Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte, Berlin 1960, S.325-343.

50 Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt/Main 1985, S.34.

51 Siehe Marion Einhorn: Zur Rolle der Räte im November und Dezember 1918, in: ZfG, 1956, H. 3, S.545-559; Peter Hintze: Zur Frage des Charakters der Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution 1918, dargestellt am Beispiel der Räte in Mecklenburg, in: ZfG, 1957, H. 2, S.264-277; Werner Raase: Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland und die Rätebewegung. Referentenmaterial, H. 6, o. O. 1958; Roland Grau: Zur Rolle der Soldatenräte der Fronttruppen in der Novemberrevolution, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1968, H. 5, S.550-564; Heinz Küster/Roland Grau:

darstellung der Rätebewegung in der DDR erschien jedoch nicht. Auch die Geschichte der Betriebsräte wurde, abgesehen von Werner Raase, nur wenig erforscht.⁵²

Hatte Karl Dietrich Erdmann die Rätebewegung mit dem Bolschewismus in einem Atemzug genannt, so war den DDR-Autoren klar, dass eine solche Verbindung kaum bestand. Mehr noch: Das Parteiverständnis der SED stand gegen die Idee einer Räte­demokratie. Die Leninsche „Partei neuen Typus“, die erst im Stalinismus ihre ganze Wirkung entfaltete, musste mit der Idee einer Selbstverwaltung der werktätigen Klassen kollidieren, die dem Rätegedanken zugrunde lag.

Es waren deshalb – nach einer Arbeit des Gewerkschafters Fritz Opel⁵³ – zwei bundesdeutsche Historiker, Peter von Oertzen und Eberhard Kolb, die zu Beginn der 1960er-Jahre die Standardwerke zur Rätebewegung vorlegten.⁵⁴ Beide Autoren hoben die politischen Aktivitäten der Räte hervor, auch ihre Fähigkeit, das durch Kriegsniederlage und Revolution schwer erschütterte Deutschland administrativ zusammenzuhalten. Sie arbeiteten aber auch heraus, wie heterogen die sozialistischen Vorstellungen der meisten ihrer führenden Mitglieder blieben. Damit bildeten die Räte die Verwirrung des übergroßen Teils der Mitgliedschaft von SPD wie USPD (und auch des kleinen Spartakusbundes) ab, denen sich die meisten Rätefunktionäre in der einen oder anderen Weise zugehörig fühlten, mit deren Apparaten sie aber langfristig nicht konkurrieren konnten. Die SPD-Führung, kritisierte in zurückhaltender Weise Eberhard Kolb, tat nichts, um in einem Bündnis mit den ganz überwiegend demokratischen Kräften der Räte deren programmatische Verwirrung zu beheben, was auch eine Voraussetzung für eine durchgreifende Demokratisierung der Verwaltung gewesen wäre.

Mit seiner vorsichtigen Kritik an der SPD-Führung wollte Kolb indes jede Nähe zur DDR-Historiografie vermeiden. „Das Prädikat einer ‚wissenschaftlichen Beschäftigung‘ mit dem Phänomen der Rätebewegung wird man diesen Publikationen nur unter stärksten Vorbehalten zugestehen können, denn in ihnen wird der Versuch unternommen, die Fakten und Zusammenhänge so zurechtzustutzen, dass sie in das Schema der parteioffiziell festgelegten ‚Interpretation‘ des

Über die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution, in: BzG, 1968, H. 1, S.61-78.

52 Siehe Werner Raase: Der Kampf um revolutionäre Betriebsräte in den Jahren 1919-1920, dargestellt vor allem an den Kämpfen im Industriegebiet von Halle-Merseburg, Phil. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin, 1960. Siehe weiterhin Gerhard Meisel: Zur Entwicklung der Rätebewegung von 1919 bis 1921 unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Räteorganisationen, in: BzG, 1966, H. 2, S. 209-226.

53 Fritz Opel: Der deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover-Frankfurt/Main 1957.

54 Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, 2. Aufl. Bonn 1976; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962.

Revolutionsverlaufs und des ‚Charakters der Novemberrevolution‘ gepreßt werden können.“⁵⁵ Auf den dabei gescholtenen Albert Schreiner traf dies aber nur bedingt zu, und Kolb selbst war nicht frei von ideologischen Scheuklappen: Nicht nur etwa das Adjektiv „wissenschaftlich“ setzte er in Bezug auf die ostdeutschen Forscher in Führungszeichen, sondern durchgängig auch die Staatsbezeichnung „DDR“, obgleich doch dieser Staat im Jahre 1962, als Kolbs Buch erstmals erschien, schon dreizehn Jahre bestand.⁵⁶

Offener als Kolb und unbeeinflusst von den deutsch-deutsch Querelen ging der britische Historiker Arthur John Ryder mit der Fachliteratur der DDR um. Unter intensiver Nutzung ihrer Forschungsergebnisse setzte er sich in seiner hervorragenden Geschichte der Novemberrevolution mit der gängigen bundesdeutschen Meinung auseinander, wonach „die Massen, die die Novemberrevolution möglich machten, lediglich Frieden, Demokratie und eine Republik“ wollten. So sehr diese Auffassung „ein Element an Wahrheit“ enthalte, „ignoriert sie doch die radikalen militärischen und ökonomischen Forderungen des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte“. Unabhängige, Revolutionäre Obleute und Spartakus-Anhänger hatten, was immer sie voneinander unterschied, die Absicht, „die sozialistische Revolution einzuleiten, die, wie sie glaubten, sie selbst anstatt Ebert zur Macht bringen werde, ganz wie Lenin Kerenski gestürzt habe“.⁵⁷ Wesentlich härter als in vergleichbaren westdeutschen Darstellungen fiel Ryders Kritik an der sozialdemokratischen Führung aus: So verglich er Noske mit Louis-Eugène Cavaignac, jenem General, der im Juni 1848 den Aufstand der Pariser Arbeiter blutig niederschlagen ließ. Die SPD-Führung sei insgesamt zwar nicht dafür zu kritisieren, dass sie utopischen Vorstellungen eine Absage erteilte, wohl aber für ihre Weigerung, mit Hilfe der radikal-sozialistischen Arbeiter (auch außerhalb der SPD) die alten Eliten zu entmachten oder zumindest entscheidend zurückzudrängen.⁵⁸

Ryders radikale Kritik fand eine Verschärfung in dem 1969 erschienenen Werk Sebastian Haffners. Entgegen sogar der Meinung mancher ihrer Akteure habe die Novemberrevolution nichts mit der inneren Konstellation im bolschewistischen Russland gemein gehabt, so sehr die deutsche wie die russische Revolution derselben Gesellschaftskrise des Kapitalismus entsprungen sei, betonte auch Haffner. In Deutschland habe vielmehr die demokratisch-sozialistische oder, laut Haffner, die sozialdemokratische Revolution auf der Tagesordnung gestanden. „Und dann geschah das Unglaubliche. Die sozialdemokratischen Führer, wider-

55 Kolb, Arbeiterräte, S.10. Nuancierter schrieb Helmut Neubauer, die „ideologisch bestimmte Terminologie“ der ostdeutschen Forscher habe „zwangsläufig zu Vergrößerungen der Vorstellung und des Urteils“ geführt, sprach ihnen aber nicht durchweg das Prädikat wissenschaftlich ab. Helmut Neubauer: München und Moskau 1918/1919. Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Beiheft 4, München 1958, S.5.

56 In der zweiten, 1978 erschienenen Auflage ließ Kolb die Führungszeichen stillschweigend weg.

57 Ryder, German Revolution of 1918, S.6f.

58 Siehe ebenda, S.1.

willing von den sozialdemokratischen Massen auf den leeren Thron gehoben, mobilisierten unverzüglich die alten herrenlos gewordenen Palastwachen und ließen ihre eigenen Anhänger wieder hinaustreiben.⁵⁹ Haffners Deutung blieb nicht unwidersprochen.⁶⁰ Heinrich August Winkler, Mitglied der SPD, warb in seinen zahlreichen Arbeiten um Verständnis für das Handeln von Ebert und Scheidemann, die eine Zusammenarbeit mit den Militärs und ihren Freikorps suchten, um die Gefahr einer Diktatur in Deutschland abzuwenden, die dann „wohl eher eine rechte als eine linke Diktatur“ gewesen wäre.⁶¹

Hingegen versuchte die Räteforschung am Beginn der 1970er-Jahre, hier insbesondere der Londoner Historiker Francis L. Carsten, die Chancen einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den demokratisch-sozialistischen Kräften in den Räten und der SPD auszuloten.⁶² Der Wille der Rätemitglieder und der sie unterstützenden Massen, trotz aller Differenzen die Einheit des Handelns zu wahren, sei von den Führern der SPD nicht genug respektiert und damit ein wichtiges Guthaben für das Gelingen der Revolution aus der Hand gegeben worden, meinte auch der US-Historiker Richard Breitman.⁶³ Ulrich Kluge, der sich auf die Soldatenräte konzentrierte und in der Kritik an der SPD-Führung vorsichtiger war, hat die seit etwa 1968 – im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Revolution – intensivierte DDR-Forschung zur Novemberrevolution „wegen ihres Informationswertes“ als „wertvoll“ bezeichnet und sachlich angemerkt, diese Forschung habe mit ihrer Konzentration auf die KPD-Gründung „spezifische Akzente“ gesetzt.⁶⁴

59 Sebastian Haffner: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, Bern u. a. 1969, hier nach der Neuausgabe: Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist, Berlin 1994, S.5f.

60 Zur Kritik an Haffner und an Reinhard Rürup (Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968) siehe Eckart Jesse/Henning Köhler: Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung. Forschungsüberblick und Kritik an der „herrschenden Lehre“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1978, Nr. 45, S.3-23.

61 Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt: Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft, in: ders. (Hrsg.): Weimar im Widerstreit, hier S.42. Winklers wichtigstes Werk zum Thema ist seine Arbeit: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin-Bonn 1984. Siehe auch Susanne Müller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, sowie (vorsichtiger im Urteil) Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989.

62 Siehe Francis L. Carsten: Revolution in Central Europe, 1918-1919, London 1972 (deutsch: Köln 1973).

63 Siehe Richard Breitman: German Socialism and Weimar Democracy, Chapel Hill 1981, S.25f.

64 Ulrich Kluge: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/1919, Göttingen 1975, S.367.

Die unter Leitung Walter Ulbrichts entstandene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ hielt an der 1958 vorgenommenen Bewertung der Novemberrevolution fest.⁶⁵ Doch bereits 1967 setzten Wolfgang Ruge Hochschullehrbuch und im folgenden Jahr die Thesen des ZK-Instituts für Marxismus-Leninismus zum 50. Revolutionsjubiläum sowie die „Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland“ insofern neue Akzente, als jetzt die Arbeiterklasse als Haupttriebkraft und Hegemon der Revolution bezeichnet wurde.⁶⁶ Nunmehr konnte Erwin Winkler eine Würdigung der Revolutionären Obleute vornehmen, obgleich sich diese mehrheitlich nicht der entstehenden KPD anschlossen, zumindest nicht in ihr verblieben.⁶⁷ Auch die Bremer Linksradikalen und ihr führender Kopf Johann Knief fanden mit Gerhard Engel ihren ersten Historiografen in der DDR.⁶⁸

Die Überblickswerke der Ära Honecker wie die 1978 publizierten wenigen Jubiläumsartikel zeichneten nicht mehr das Bild einer bürgerlichen, sondern einer „antiimperialistischen Volksrevolution“,⁶⁹ und im Kontext der Diskussion um Erbe und Tradition deutscher Geschichte fanden jetzt auch „nichtproletarische“ Kräfte, wenngleich der KPD nachgeordnet, stärkere Beachtung.⁷⁰ Zugleich konnte Ingo Materna eine deutliche Aufwertung der Arbeiter- und Soldatenräte vornehmen. Ihre heterogenen Sozialismusvorstellungen wurden nunmehr in der antiimperialistischen Traditionslinie des offiziellen Geschichtsbildes verankert.⁷¹

65 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Berlin 1966, hierzu Bd. 3, S.197f.

66 Wolfgang Ruge: Deutschland 1917-1933. Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 10, Berlin 1967, S.56-111; Die Novemberrevolution in Deutschland und ihre aktuellen Lehren. Thesen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Neues Deutschland, 29.9.1968; Günter Hortzschansky u. a.: Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, Berlin 1968.

67 Siehe Erwin Winkler: Die Bewegung der Revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Phil. Diss., Humboldt-Universität zu Berlin, 1968.

68 Gerhard Engel: Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880-1919). Untersuchungen zur Geschichte der Bremer Linksradikalen, 2 Teile, Phil. Diss., Humboldt-Universität zu Berlin, 1967.

69 So dezidiert Günter Hortzschansky: Die Novemberrevolution – die erste antiimperialistische Volksrevolution in Deutschland, in: Einheit, 1978, H. 11, S.1152-1159. Siehe weiterhin: Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland. Abriss, Berlin 1978; Günter Hortzschansky u. a.: Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1978; Grundriß der deutschen Geschichte, Berlin 1979.

70 Siehe Helmut Bock u. a. (Hrsg.): Gewalten und Gestalten. Miniaturen und Porträts zur deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Leipzig u. a. 1978.

71 Siehe Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/1919, Berlin 1978. Die dem Buch zugrunde liegende Dissertationsschrift hatte Materna bereits 1970 an der Humboldt-Universität verteidigt.

Räte­demokratie und Parlamentarismus in den deutschen und internationalen Debatten

Im Kontext der offiziellen Kontakte zwischen SED und SPD wie auch der Umwertung von Geschichtsbildern in der Sowjetunion suchten in den späten 1980er-Jahren undogmatisch denkende DDR-Historiker einen differenzierteren Zugang zur Novemberrevolution, der die jeweils verschiedenen sozialdemokratischen, linkssozialistischen und kommunistischen Denkwelten ihrer miteinander konkurrierenden Akteure herausarbeitete.⁷²

Zu ihnen zählte Wolfgang Ruge, der schon 1978 die Abgeordneten des Reichsräte­kongresses zwar als „völlig außerstande“ gesehen, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden, doch ihre revolutionäre Leidenschaft gewürdigt hatte.⁷³ In seiner Dankesrede zur Jenaer Ehrenpromotion mahnte Ruge 1987 dann eine Neubewertung der Weimarer Republik an: Sie sei „besser gewesen als ihr Ruf“, und jene Kräfte, die sich für ihre Festigung einsetzten, verdienten eine historisch gerechtere Beurteilung.⁷⁴ Dem stand freilich die – nun schon defensive – Sichtweise weiterhin entgegen, nach der die KPD-Gründung als der Höhepunkt der Novemberrevolution erschien.⁷⁵ So wenig diese Sichtweise davon abließ, so sehr wurden sich immer mehr Historiker deren Grenzen bewusst. Sie suchten räte­kommunistische Ideen wie demokratisch-liberale Vorstellungen gleichermaßen historisch-kritisch zu würdigen, doch gerieten sie in die turbulenten politischen Ereignisse des Jahres 1989 und wurden in der Öffentlichkeit und sogar fachintern kaum noch wahrgenommen.⁷⁶ Langfristig rächte sich die 1958 „von oben herab“ verfügte Beendigung der Debatte um den Charakter der Novemberrevolution: Die offiziell verkündete Meinung der Partei stieß auf immer weniger Interesse unter der geschichtsinteressierten Bevölkerung, und damit wurden auch die Ergebnisse ernsthafter Forschung kaum noch wahrgenommen. Unter diesen Bedingungen wurde bis zum Ende der DDR auch jene für die Räte­forschung essentielle Frage nicht mehr zureichend diskutiert, die auch am Beginn der bundesdeutschen Forschung zur Novemberrevolution gestanden hatte: die Frage, ob Räte­macht und bürgerliche Demokratie einander ein und für

72 Siehe Werner Bramke/Ulrich Heß: Die Novemberrevolution in Deutschland und ihre Wirkung auf die deutsche Klassengesellschaft, in: *ZfG*, 1988, H. 11, S.1059-1073; Rolf Richter: Über die Demokratieauffassung der KPD als Lernprozeß, in: ebenda, S.1078-1082.

73 Wolfgang Ruge: *Novemberrevolution. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918/19*, Berlin 1978, 2. Aufl. 1983, S.94.

74 Wolfgang Ruge: *Nachdenken über Weimar*, in: *Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena*, Jena 1988, S.13.

75 Siehe 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden, für das Wohl des Volkes. Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD, in: *Einheit*, 1988, H. 6, S.586-629; Ernst Diehl/Günter Hortzschansky: *Die Novemberrevolution in Deutschland*, in: ebenda, H. 11, S.1077-1082.

76 Siehe *Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung*, Jena 1989; *Die Novemberrevolution 1918/19 und die Gründung der KPD*, 2 Bde., Berlin 1989.

allemaal ausschlossen. Zwar hatte Dieter Engelmann bereits 1983 eine Bestandsaufnahme rätekonzeptioneller Vorstellungen in der Novemberrevolution vorgelegt. Er zeigte, dass die ordnungs- und wirtschaftspolitischen Auffassungen vor allem von USPD-Politikern, die in den Räten tätig waren, weiter gediehen waren als die ältere Forschung im Anschluss an Kolb und von Oertzen herausgearbeitet hatte. Doch konnte er an der Unvereinbarkeitsthese von Rätemacht und bürgerlicher Demokratie als zentralem Kernsatz der DDR-Forschung nicht rütteln. Die Entscheidung des Reichsrätekongresses zugunsten der Einberufung einer Nationalversammlung blieb ein absolutes Negativum. Engelmann musste zeitgenössischen Aussagen, wonach die Rätemacht unter bestimmten historischen Voraussetzungen – die konkret zu untersuchen waren – dem Parlamentarismus Wege ebnen und ihn als Mittel radikaler sozialer Reformen zugleich stützen sollte, eine Absage erteilen.⁷⁷ Dennoch konnte er nach Ende der DDR sogar noch ein Dissertationsprojekt verteidigen lassen, das Karl Kautsky und seine Auffassungen von Demokratie analysierte, ohne ihm das Stigma des Renegaten einzubrennen.⁷⁸ In den 1980er-Jahren wurde auch die lange unterbrochene Forschung zu den Obleuten wieder aktiviert, als neben David Morgan auch Horst Naumann je eine biografische Studie zu einem ihrer wichtigsten Vertreter, Ernst Däumig, vorlegten.⁷⁹

Die Revolutionären Obleute standen als wichtiger Teil der radikalen Linken innerhalb der USPD hinter dem Rätegedanken. Klarer als fast alle Anhänger des Spartakusbundes sahen viele von ihnen jedoch, dass ab dem 19. Januar 1919 der Gegensatz zwischen den Räten und dem *fait accompli* der Nationalversammlung nicht durch putschistische Abenteuer zu überbrücken war. Räte-demokratie meinte stets die Demokratisierung des gesamten Staatsapparates, aber nicht dessen diktatorische Beherrschung durch eine Partei. In der Auseinandersetzung mit der antidemokratischen Rechten machte die gesamte Linke die Erfahrung, dass die Verteidigung demokratischer, auch bürgerlich-demokratischer Rechte, für ihre eigene Existenz und für die Humanisierung der Gesellschaft zentral waren. Diese Folgerung in der DDR konsequent zu ziehen, hätte indes bedeutet, auch die politischen Fehler der KPD historisch zu untersuchen.

Nur dann wäre die Bedeutung jener revolutionären Sozialisten erkannt worden, welche die erkämpfte politische Demokratisierung auf den ökonomischen Bereich ausgeweitet sehen wollten, um diese dauerhaft zu sichern. Eine Beseitigung des Obrigkeitsstaates, eine Demokratisierung Deutschlands konnte damals insgesamt nur gegen das und nicht mit dem Bürgertum erkämpft werden – es hätte aber statt der zwischen Sektierertum und Stalinismus treibenden KPD einer

77 Siehe Dieter Engelmann: Rätekonzeptionelle Vorstellungen während der deutschen Novemberrevolution, in: BzG, 1983, H. 6, S.797-809.

78 Siehe Beate Häupel: Karl Kautsky – seine Auffassungen zur politischen Demokratie, Frankfurt/Main 1993 (Phil. Diss., Universität Leipzig 1991).

79 Siehe David W. Morgan: Ernst Däumig and the German Revolution of 1918, in: Central European History, 1983, H. 2, S.303-331; Horst Naumann: Ein treuer Vorkämpfer des Proletariats. Ernst Däumig, in: BzG, 1986, H. 6, S.801-813.

radikal-demokratischen wie entschieden sozialistischen Kraft bedurft, um diese Aufgabe vielleicht gegen die Übermacht der alten Herrenschichten zu lösen. Doch während die DDR-Historiker radikal-liberalen Stimmen im bürgerlichen Deutschland schließlich durchaus ihre Reverenz erwiesen, blieben jene kommunistischen „Ketzer“, die vor einer Unterwerfung der KPD unter die Politik Sowjetrusslands gewarnt hatten, bis zum Ende der DDR weitgehend im Status der „Unperson“.

Indem die revolutionär-demokratischen Sozialisten – die es in den Räten, unter den Obleuten wie überhaupt in der USPD, aber auch in der entstehenden KPD gab – die Rätewahl an die Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte banden, entsprachen sie den Wünschen einer Mehrheit der Arbeiter, konnten sich aber gegen das Bündnis der SPD-Spitze mit den militärischen Exponenten der alten Herrscherklassen nicht durchsetzen. Dass über der Interpretation dieser Freiheitsrechte gerade innerhalb der USPD schwere Differenzen entstanden, dass für manche Unabhängige Sozialisten das russische Beispiel ein Fanal, für andere eine Warnung und für manche beides war, hatten schon 1975 David Morgan und Robert Wheeler, von bundesdeutscher Seite Horst Dähn prononciert herausgearbeitet.⁸⁰

Das Dilemma der USPD, zwischen Rätewahl und parlamentarischer Ordnung vermitteln zu wollen, stellte mit Kenneth Calkins erneut ein US-Autor heraus. Er befasste sich mit Hugo Haase, einer zentralen Gestalt der Novemberrevolution, zu der weder ost- noch westdeutsche Historiker bislang fundiert geforscht hatten.⁸¹ Tendenziell positiver als ihr bundesdeutscher Kollege Hartfrid Krause⁸² bezogen sich Wheeler, Calkins und Morgan auf relevante Erträge der DDR-Forschung. 1988 hob schließlich der Amerikaner William Pelz die Leistung der DDR-Geschichtsschreibung hervor, die trotz noch immer selbstgesetzter Beschränkungen einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der radikalen Linken

80 Siehe David W. Morgan: *The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922*, Ithaca-New York 1975; Robert F. Wheeler: *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt/Main 1975; Horst Dähn: *Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918-1919*, Meisenheim 1975.

81 Siehe Kenneth R. Calkins: *Hugo Haase. Democrat and Revolutionary*, Durham, N.C. 1979 (deutsch bereits 1976). Siehe auch Dieter Engelmann/Horst Naumann: *Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten*, Berlin 1999; dies.: *Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922*, Berlin 1993.

82 Siehe Hartfrid Krause: *USPD. Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Frankfurt/Main 1975.

erbracht habe, deren Leistung nicht nur daran zu messen sei, inwieweit sie den Vorstellungen der Bolschewiki entsprach.⁸³

Die Hoffnung, eine überfällige Erneuerung des Sozialismus in der DDR werde auch deren Geschichtsschreibung auf neue Grundlagen stellen, teilten damals viele Kollegen im Westen. Doch kam es, solange die DDR in trügerischer Stabilität verharrte, über Grundfragen der Geschichtspolitik unter ihren Historikern zu keinen offenen Auseinandersetzungen, auch dann nicht, als die politische Führung im Sommer 1989 gelähmt war. Es zeigte sich, dass weder die DDR-Gesellschaft noch ihre Geschichtswissenschaft als Ganzes reformfähig waren.

In einem selbstkritischen Rückblick kam Jürgen John im Jahre 2002 zu dem Schluss, dass ein anfänglicher Vorsprung der DDR-Forschung zur Novemberrevolution in den Jahrzehnten ab 1958 rasch dahingeschwunden war. Die in den Debatten des Jahres 1958 gesetzten engen Grenzen hatten nicht alle möglichen Freiräume beseitigt und auch nicht durchweg die Publikation wichtiger Forschungsleistungen verhindert.⁸⁴ Doch war damals endgültig das Prinzip einer sozialistischen Parteilichkeit auch im Bereich der Revolutionsforschung für die Jahre 1918 und 1919 durchgesetzt worden. Wer in der DDR hierzu publizieren wollte, hatte sich, wie auch anderswo, in Selbstbeschränkung zu üben. Dies tat der Forschung und ihren Ergebnissen nicht gut. Dem bitteren Urteil von Jürgen John lässt sich deshalb kaum widersprechen: „Die eher insularen, auf bevorzugte Einzelaspekte gerichteten DDR-Forschungen hielten schließlich keinem Vergleich mit den komplexen Revolutionsforschungen in der Bundesrepublik mehr stand.“⁸⁵

So richtig dies ist, so sehr bedarf es auch kritischer Fragen, sucht man die bundesdeutsche Forschung zu bilanzieren. Diese sah sich nicht nur von ihrem ostdeutschen Widerpart herausgefordert. Mindestens ebenso musste sie die Ergebnisse in Rechnung stellen, die jenseits der deutschen Grenzen vorgelegt wurden.

Dass dies bundesdeutsche Historiker, anders als ihre DDR-Kollegen, ohne Hindernisse prinzipiell tun konnten, zeigt die ungleich größeren Spielräume, die sie hatten. Doch fällt auf, dass manche von ihnen, zumal der Sozialdemokratie und ihrem Geschichtsbild verpflichtete Forscher, die historischen Defizite der SPD weit weniger deutlich benannten, als amerikanische, britische und auch ostdeutsche Historiker sie herausgearbeitet hatten.⁸⁶ Gerade der zuerst von Arthur Rosenberg und Ossip Flechtheim entwickelte Ansatz, wonach auch jenseits von SPD und KPD ein revolutionär-demokratisches wie sozialistisches

83 Siehe William A. Pelz: *The Spartacusbund and the German Working Class Movement 1914-1919*, Lewiston, NY 1988, S.VIII. Diese Wertung entsprach natürlich nicht dem offiziellen Anliegen der DDR-Wissenschaft.

84 Siehe die zahlreichen Arbeiten von Annelies Laschitza.

85 John, *Bild der Novemberrevolution*, S.54.

86 Siehe, neben Heinrich August Winklers Arbeiten, auch Miller, *Bürde der Macht*.

Potential der wissenschaftlichen Entdeckung harrt – verdient er nicht noch immer ein Nachforschen? Und gilt dies nur für die deutsche Novemberrevolution?

Freundeskreis Max Hoelz e. V.

Falkeinstein/Vogtland

Anlässlich des 75. Todestages am 15. 9. 2008
und des 120. Geburtstages am 14. 10. 2009 von Max Hoelz
gestaltet der Freundeskreis von September 2008 bis Oktober 2009
ein "Max-Hoelz-Jahr".

Es wurde am 16. September 2008
mit einer Gedenkkundgebung auf dem Schlossplatz in Falkeinstein
und einem Geschichtsforum zum Thema
"Die KPD der 20er Jahre und Max Hoelz"
im Ratskeller der Stadt eröffnet.

Im Heimatmuseum Falkeinstein wird die Ausstellung
"Max Hoelz – der Rebell des Vogtlandes"
eingerrichtet. Im November 2008 und im Mai 2009
finden im Ratskeller Falkeinstein bzw. in der Vogtlandbibliothek Plauen
Lesungen aus dem Buch "Max Hoelz: „Ich grüße und küsse Dich –
Rot Front!" mit Dr. Ulla Plener (Berlin), im März 2009 eine
Filmmatinee mit Ausschnitten aus Filmen über Max Hoelz,
gestaltet von Dr. Günter Jordan (Kleinmachnow), statt.

Im Rahmen dieser und weiterer Veranstaltungen
werden neue Quellenfunde
und Forschungsergebnisse aus Dresden, Moskau und Niznij Novgorod
zu Leben und Wirken von Max Hoelz vorgestellt.

Weitere Informationen und Termine unter: Peter Giersich,
Eisenbahnstraße 37, 08209 Auerbach/Vogtland;
Tel./Fax: 03744-80883; E-mail: pgiersich@t-online.de